

Bürgermeister Raetz berichtet, dass auch in Rheinbach „Stadtradeln“ ein Thema sei. Die entsprechende Lenkungsgruppe „LIZ“ habe die gemeinsame Teilnahme der linksrheinischen Kommunen beschlossen. Ein entsprechender Hinweis sei auf der Homepage der Stadt Rheinbach zu finden. Dort könne man sich auch anmelden. Ein Aufruf in „kultur und gewerbe“ werde noch erfolgen.

Bürgermeister Raetz erteilt das Wort dem Ersten Beigeordneten, Dr. Knauber.

Dr. Knauber unterrichtet den Rat, dass zu der vom Rat gefassten Schulresolution eine Eingangsbestätigung erfolgt sei und nach der Weiterleitung an das Schulministerium, diese in die dortigen Beratungen aufgenommen wurde.

Dr. Knauber berichtet über seine Teilnahme am Schulausschuss des Städte- und Gemeindebundes, an dem auch die Schulministerin teilgenommen habe.

In der Vorbesprechung zur Sitzung bestand Einstimmigkeit, bei der Festlegung des Verhältnisses von Sekundarschule zu Gesamtschule auf Basis der Resolution der Stadt Rheinbach vorzugehen. Die Ministerin habe dies positiv aufgenommen und ausgeführt, dass die Landesregierung z. Zt. ein Strukturpaket zu Stärkung der Sekundarschule erarbeite.

Im Ausschuss wurden folgende Kernaussagen getroffen:

1. Die Landesregierung will an der Sekundarschule festhalten.
2. Es ist eine klare Regelung des Verhältnisses Von Sekundarschule zur Gesamtschule erforderlich, die im Gesetz manifestiert werden muss.
3. Das Verhältnis der Gesamtschule und Realschule muss neu definiert werden.

Hier könne er nur den Appell des Bürgermeisters wiederholen, die Abgeordneten zu kontaktieren und um Mithilfe und Unterstützung zu bitten.

Zum Thema Schulsozialarbeiter war man sich einig, dass dies eine Aufgabe des Landes ist. Dies sei auch Meinung der Ministerin. Allerdings werde diese Meinung im Kabinett teilweise anders gesehen, da es sich ja auch um eine Kostenfrage handele.

Dr. Knauber führt weiter aus, dass mit dem im Mai einzuführenden 13. Schulrechtsänderungsgesetz die Verabschiedung von G 9 erfolgen werde. Die Kommunen teilen die Sorge, dass sie z. T. auf den Kosten sitzen bleiben. Hier bestehe unbedingt ein Nachbesserungsbedarf.

Ratsfrau Vogt informiert ergänzend, dass am kommenden Samstag der Landesparteitag der FDP stattfinde. Dort werde ein Antrag der Kreis-FDP zum Thema Gleichstellung Gesamt- und Sekundarschule eingereicht.

Dr. Knauber informiert den Rat, dass die Baugenehmigung zum Römerkanalinfozentrum erteilt worden sei. Baubeginn sei nunmehr der 01.07.2018. Der Bau sei ein Meilenstein für die Stadtentwicklung und sich positiv auf Tourismus und Wirtschaftsförderung auswirken.